

hib - heute im bundestag Nr. 388

Neues aus Ausschüssen und aktuelle parlamentarische Initiativen

Fr, 26. November 2010 Redaktionsschluss: 14:00 Uhr

1. Öffentliche Anhörung zum "Carsharing"
2. 249 Asyl- beziehungsweise Flüchtlingsanerkennungen im dritten Quartal widerrufen
3. 40 Menschen im September infolge politisch rechts motivierter Straftaten verletzt
4. Fast 200 antisemitische Straftaten im dritten Quartal 2010
5. Übersicht über bundeseigene Gewässer in den neuen Ländern
6. Bundesregierung mahnt weitere Reformen in Kasachstan an
7. Festlegung der An- und Abflugrouten für BBI unter der Lupe
8. Regierung: Keine international abgestimmte Definition für Nanomaterialien
9. Die Linke verlangt Aufklärung über unterirdische Speicherung von Kohlendioxid
10. Verwendung von Fischöl als Biodiesel ist ökonomisch uninteressant
11. Regierung: Bauern müssen wegen verunreinigtem Maissaatgut zivilrechtlich Klagen
12. Berichte über bei einem US-Raketenangriff getötete Deutsche sind Regierung bekannt
13. Im Bundestag notiert: über- und außerplanmäßige Ausgaben
14. Im Bundestag notiert: Spende
15. Im Bundestag notiert: Luftsicherheitskontrollen
16. Im Bundestag notiert: Nutzung der Vorratsdaten durch die Polizei
17. Im Bundestag notiert: Einsatz von Wasserwerfern
18. Im Bundestag notiert: Auswärtige Amt
19. Im Bundestag notiert: US-Hypothekenverbriefungen
20. Im Bundestag notiert: Lagerung von Atommüll im Zwischenlager Nord
21. Im Bundestag notiert: Erforschung der Amyotrophen Lateralsklerose
22. Im Bundestag notiert: Übergangsphase nach dem Bachelor-Abschluss
23. Im Bundestag notiert: Planungsstand bei der B 26 n
24. Im Bundestag notiert: Ausbau des Schienennetzes
25. Im Bundestag notiert: Verkehrsinfrastruktur in Niedersachsen

1. Öffentliche Anhörung zum "Carsharing"

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Berlin: (hib/MIK/AW) "Carsharing" ist das Thema einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung am Mittwoch, dem 1. Dezember 2010. Dabei geht es um den Antrag (17/781) der SPD-Fraktion "Kommunen die Einrichtung von Carsharing-Stellplätzen ermöglichen" und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/3208) "Schaffung von Rechtssicherheit für Carsharing-Stationen und Elektrofahrzeug-Stellplätze". Der Ausschuss hat dazu insgesamt sieben Sachverständige geladen. Die Sitzung beginnt um 11.00 Uhr im Raum E 600, Paul-Löbe-Haus und soll gegen 13.00 Uhr beendet sein.

[Zum Seitenanfang](#)

2. 249 Asyl- beziehungsweise Flüchtlingsanerkennungen im dritten Quartal widerrufen

Inneres/Antwort

Berlin: (hib/STO/AW) Im dritten Quartal dieses Jahres sind in Deutschland insgesamt 249 Asyl- beziehungsweise Flüchtlingsanerkennungen zurückgenommen worden. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung (17/3744) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/3421) hervor. Danach gab es von Juli bis einschließlich September 2010 insgesamt 2.094 Entscheidungen über Widerrufsprüfverfahren. Dabei kam es in 1.845 Fällen oder 88,1 Prozent der Entscheidungen zu keinem Widerruf.

Zum Seitenanfang

3. 40 Menschen im September infolge politisch rechts motivierter Straftaten verletzt Inneres/Antwort

Berlin: (hib/STO/AW) Im September dieses Jahres sind in Deutschland insgesamt 40 Menschen infolge politisch rechts motivierter Straftaten verletzt worden. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung (17/3774) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/3572) hervor. Danach wurden für September 2010 insgesamt 934 solcher Straftaten gemeldet, darunter 45 Gewalttaten und 668 Propagandadelikte. Bei 118 Straftaten konnte den Angaben zufolge ein fremdenfeindlicher Hintergrund festgestellt werden. 176 Straftaten wurden laut Vorlage der Kategorie "Hasskriminalität" zugeordnet.

Wie es in der Antwort weiter heißt, wurden zu den genannten 934 Straftaten insgesamt 359 Tatverdächtige ermittelt und 13 Personen festgenommen. Haftbefehl sei in einem Fall erlassen worden.

Die aufgeführten Zahlen stellen laut Bundesregierung keine abschließende Statistik dar, sondern "können sich aufgrund von Nachmeldungen noch (teilweise erheblich) verändern".

Zum Seitenanfang

4. Fast 200 antisemitische Straftaten im dritten Quartal 2010 Inneres/Antwort

Berlin: (hib/STO/AW) Im dritten Quartal 2010 sind in Deutschland fast 200 antisemitische Straftaten registriert worden. Insgesamt seien von Anfang Juli bis Ende September dieses Jahres 189 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund gemeldet worden, die der politisch rechts motivierten Kriminalität zugeordnet worden seien, berichtet die Bundesregierung in ihrer Antwort (17/3775) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/3573).

Darunter befanden sich den Angaben zufolge eine Gewalttat und 50 Propagandadelikte. Verletzt worden sei im dritten Quartal 2010 niemand infolge antisemitischer Straftaten. Zu den genannten 189 Straftaten wurden laut Bundesregierung insgesamt 93 Tatverdächtige ermittelt und 6 Personen festgenommen. Haftbefehl sei in keinem Fall erlassen worden. Wie es in der Antwort weiter heißt, stellen die aufgeführten Zahlen "keine abschließende Statistik dar, sondern können sich aufgrund von Nachmeldungen noch (teilweise erheblich) verändern".

Zum Seitenanfang

5. Übersicht über bundeseigene Gewässer in den neuen Ländern

Finanzen/Antwort

Berlin: (hib/HLE/AW) Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort (17/3739) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/27) eine Liste der Gewässer, die im Eigentum der bundeseigenen Bodenverwertungs- und –verwaltungsgesellschaft (BVVG) stehen, veröffentlicht. Danach gehören der BVVG in Brandenburg 134 Gewässer vollständig, in Sachsen 14, in Sachsen-Anhalt 8 und in Mecklenburg-Vorpommern 32. Teilweise im Eigentum der BVVG stehen in Thüringen 8 Gewässer, in Brandenburg 84, in Sachsen-Anhalt 34 und in Mecklenburg-Vorpommern 30. Mit der Antwort wird die bereits mit Drucksache 17/102 – Teil II erteilte Antwort ergänzt.

Zum Seitenanfang

6. Bundesregierung mahnt weitere Reformen in Kasachstan an

Menschenrechte und humanitäre Hilfe/Antwort

Berlin: (hib/JOH/AW) Die Bundesregierung hält weitere Reformen in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in Kasachstan für "unerlässlich". In ihrer Antwort (17/3773) auf eine Kleine Anfrage (17/3571) der Fraktion Die Linke berichtet sie von "erheblichen Defiziten in den rechtsstaatlichen Strukturen". So sei die Meinungs- und Pressefreiheit ebenso eingeschränkt wie die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Auch der Strafvollzug entspreche nicht den westlichen Standards.

Aus Sicht der Bundesregierung sind außerdem seit der Vorstellung des Nationalen Aktionsplans für Menschenrechte keine wesentlichen Fortschritte bei den Bemühungen um eine weitere Liberalisierung der nationalen Gesetze gemäß internationalen Standards zu verzeichnen. Jedoch erkennt die Regierung eine grundsätzliche Dialogbereitschaft der kasachischen Seite beim EU-Menschenrechtsdialog. Sie weist darauf hin, dass der Menschenrechtsdialog mit Kasachstan ein fortlaufender Prozess sei, der im Dezember dieses Jahres zum dritten Mal stattfinden werde. Regelmäßig stehe unter anderem das Thema Verhinderung von Folter und unwürdiger Behandlung auf der Tagesordnung der Gespräche.

In ihrer Antwort betont die Bundesregierung, dass sie die Zielsetzung der EU, die Wirtschaftsbeziehungen mit Kasachstan zu intensivieren, unterstütze. Mit seinen Energie- und Rohstoffressourcen könne Kasachstan einen wichtigen Beitrag für die Energie- und Rohstoffversorgungssicherheit der EU leisten, argumentiert sie. Kasachstan sei Haupthandelspartner der EU im Handel mit den zentralasiatischen Staaten. Umgekehrt habe sich die EU im vergangenen Jahrzehnt zu Kasachstans Haupthandelspartner- und Investor entwickelt. Ziel sei es daher, Handel und Investitionen weiter zu intensivieren und bestehende Handels- und Investitionshemmnisse abzubauen. Deshalb unterstütze die EU einen Beitritt Kasachstans in die Welthandelsorganisation.

Zum Seitenanfang

7. Festlegung der An- und Abflugrouten für BBI unter der Lupe

Verkehr und Bau/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/MIK/AW) Über die Festlegung der An- und Abflugrouten für den neuen Airport Berlin Brandenburg International (BBI) will sich die SPD-Fraktion in einer Kleinen Anfrage (17/3720) informieren. Die Bundesregierung soll unter anderem mitteilen, wie sie allgemein die geltenden Verfahren zur Festlegung der An- und Abflugverfahren bewertet und wie sie zu dem Umstand steht, dass die Festlegungen im Planfeststellungsbeschluss beim Flughafen BBI nach dem derzeitigen Verfahren zur Festlegung der An- und Abflugverfahren erheblich von den Planungen der Deutschen Flugsicherung abweicht. Weiter soll die Regierung mitteilen, ob daraus Regressforderungen zu erwarten sind.

Weiterhin interessiert die Abgeordneten, wie die Bundesregierung den Umstand bewertet, dass rund um den Flughafen BBI zahlreiche Städte und Gemeinden ihre Landesentwicklungsbeziehungsweise Regionalpläne aufgrund des Planfeststellungsbeschlusses und der bis dahin bekannten Lärmauswirkungen ausgerichtet haben. Auch hier interessiert die Fraktion, ob Regressforderungen zu erwarten sind.

Zum Seitenanfang

8. Regierung: Keine international abgestimmte Definition für Nanomaterialien

Bildung und Forschung/Antwort

Berlin: (hib/TYH/AW) Nach Angabe der Bundesregierung gibt es keine international abgestimmte Definition für Nanomaterialien. Gesetzeskraft habe bislang nur die Definition im Rahmen der EU-Kosmetikverordnung, wonach Nanomaterial "ein unlösliches oder biologisch beständiges und absichtlich hergestelltes Material mit einer oder mehreren äußeren Abmessungen oder einer inneren Struktur in einer Größenordnung von 1 bis 100 Nanometern" ist, schreibt die Regierung in ihrer Antwort (17/3771) auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion (17/3557).

Laut Antwort beliefen sich die Bundesmittel für die Erforschung und Entwicklung von Nanotechnologien im Jahr 2005 auf 245 Millionen Euro. Für 2010 liege die Planzahl bei 400 Millionen Euro. Entscheidend für die ethische Bewertung von Nanotechnologien seien das "Verhältnis von gesellschaftlichem Nutzen zu gesellschaftlichen und individuellen Risiken sowie die Wahrung der Lebensgrundlagen und der Gestaltungsspielräume für künftige Generationen".

Zum Seitenanfang

9. Die Linke verlangt Aufklärung über unterirdische Speicherung von Kohlendioxid

Bildung und Forschung/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/TYH/AW) Das Forschungsprojekt CLEAN steht im Fokus einer Kleinen Anfrage der Fraktion Die Linke (17/3726). Im Rahmen des Projektes soll laut Anfrage im Erdgasfeld "Altmark" südlich von Salzwedel die Speicherung von etwa 100.000 Tonnen Kohlendioxid in rund 3.000 Metern Tiefe erprobt werden. Das Forschungsvorhaben habe erhebliche Sorgen innerhalb der Bevölkerung ausgelöst, schreiben die Abgeordneten. Sie möchten wissen, auf welcher gesetzlichen Grundlage das CLEAN-Projekt entwickelt wurde und welche zur Durchführung notwendigen Genehmigungen gegenwärtig vorliegen und welche fehlen. Zudem fragen sie, wie viele öffentliche Mittel bislang in CLEAN geflossen sind und wie die Bundesregierung damit umgeht, dass sich das Einbringen von Kohlendioxid in den

Untergrund als "nicht umweltverträglich und nicht sicher" herausstellen und somit auch Lebensbedingungen und Gesundheit der Bevölkerung schädigen könnte.

Zum Seitenanfang

10. Verwendung von Fischöl als Biodiesel ist ökonomisch uninteressant
Ernährung und Landwirtschaft/Antwort

Berlin: (hib/EIS/AW) Es liegen der Bundesregierung keine Informationen vor, die auf die Herstellung und Verwendung von Biodiesel aus Fischöl schließen lassen. Aus einer Antwort (17/3778) der Regierung geht jedoch hervor, dass für die Herstellung von Fischöl-Methylester, einem Produkt, das durch Umesterung von Fischölen mit Methanol gewonnen wird, keine gesonderte Kennzeichnungspflicht besteht, wenn es als Biokraftstoff verwendet wird.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hatte in einer Anfrage (17/3583) die Befürchtung geäußert, dass die gezielte Ausbeutung von Fischbeständen zur Biokraftstoffgewinnung negative Folgen für die Fischpopulationen der Meere zur Folge haben könnte. Aktuellen Zahlen der Deutschen Gesellschaft für Fettwissenschaft aus dem Jahr 2000 und des Europäischen Parlamentes aus dem Jahr 2005 zur Folge liege der durchschnittliche Weltfischölverbrauch bei 1,2 Millionen Tonnen pro Jahr. Danach trage Fischöl weniger als einen Prozent zur weltweiten Gesamtproduktion von Fetten bei.

Nach Ansicht der Bundesregierung seien Fischöle aufgrund ihrer chemischen Zusammensetzung im Vergleich zu den herkömmlichen Rohstoffen nur wenig für die Biodieselproduktion geeignet. Die gezielte Ausbeutung von Fischbeständen für die Biokraftstoffgewinnung sei ökonomisch uninteressant.

Zum Seitenanfang

11. Regierung: Bauern müssen wegen verunreinigtem Maissaatgut zivilrechtlich Klagen
Ernährung und Landwirtschaft/Antwort

Berlin: (hib/EIS/AW) Im Frühjahr 2010 war mit gentechnisch veränderten Organismen verunreinigtes Maissaatgut auf 2.000 Hektar Acker in Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz ausgebracht worden. 228 Landwirte mussten ihre Felder umpflügen und waren von Ernteausfall betroffen. Nach einer Antwort (17/3722) der Regierung handelt es sich in diesen Fällen nicht um eine Frage des Schadenersatzes der Landwirte nach dem Gentechnikhaftungsrecht, denn es wurde gentechnisch verändertes Saatgut in Umlauf gebracht, dass nicht zugelassen war. In diesem Fall würden die Bestimmungen des zivilrechtlichen Schadenersatzes greifen. Das Gentechnikhaftungsrecht regelt nur den Umgang mit zugelassenen gentechnisch veränderten Sorten.

Die SPD-Fraktion hatte in einer Anfrage (17/3558) darüber Auskunft verlangt, ob die Regierung mit der Haftungsregelung im Gentechnikgesetz für einen schnellen und unbürokratischen Schadensausgleich zwischen Verursacher und Geschädigten sorgen wolle. Den geschädigten Landwirten sollten langwierige und kostenintensive Gerichtsverfahren erspart werden. Die Bundesregierung beurteilt jedoch die bestehenden zivilrechtlichen

Vorschriften für ausreichend. Außerdem würden keine verlässlichen Informationen über mögliche Existenzbedrohung für einzelne Landwirte vorliegen.

Zum Seitenanfang

12. Berichte über bei einem US-Raketenangriff getötete Deutsche sind Regierung bekannt
Auswärtiges/Antwort

Berlin: (hib/BOB/AW) Der Bundesregierung sind entsprechende Berichte, bei einem US-Raketenangriff auf ein Gebäude im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet in der Nähe der Stadt Mir Ali wären am 4. Oktober auch mehrere Deutsche ums Leben gekommen, bekannt. Sie bemüht sich nach eigener Darstellung "auf verschiedenen Kanälen" um Aufklärung. Eine detaillierte Beantwortung sei jedoch zurzeit nicht möglich, da sie offiziell bestätigte Informationen sowie eine präzise Faktenlage voraussetze, heißt es in der Antwort der Regierung (17/3786) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/3555). Eine solche Grundlage sei bisher nicht gegeben. Die Regierung weist ergänzend darauf hin, ergänzend zur Beantwortung dieser Anfrage habe sie "Hintergrundinformationen in der Geheimschutzstelle" des Bundestages hinterlegt.

Zum Seitenanfang

13. Im Bundestag notiert: über- und außerplanmäßige Ausgaben
Haushalt/Unterrichtung

Berlin: (hib/MIK/AW) Im dritten Quartal dieses Jahres hat der Bundesfinanzminister über- und außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von 125,76 Millionen Euro bewilligt. Das geht aus einer Unterrichtung durch die Bundesregierung (17/3781) hervor. Davon gingen alleine 120,57 Millionen Euro als Beitrag an die Vereinten Nationen. Die bewilligten über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen summierten sich im selben Zeitraum auf 4,94 Millionen Euro.

Zum Seitenanfang

14. Im Bundestag notiert: Spende
Bundestagsnachrichten/Unterrichtung

Berlin: (hib/BOB/AW) Die CDU hat im Monat November 100.000 Euro als Spende von der Berenberg Bank Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG aus Hamburg entgegengenommen. Dies geht aus einer Unterrichtung (17/3812) durch Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hervor. Die FDP konnte eine Spende über 60.000 Euro von der Deutschen Vermögensberatung AG aus Frankfurt/Main verzeichnen. Gemäß Parteiengesetz sind Spenden, die im Einzelfall die Höhe von 50.000 Euro übersteigen, dem Bundestagspräsidenten anzuzeigen und "zeitnah" als Bundestagsdrucksache zu veröffentlichen.

Zum Seitenanfang

15. Im Bundestag notiert: Luftsicherheitskontrollen

Inneres/Antwort

Berlin: (hib/STO/AW) Die Luftsicherheitskontrollen innerhalb der EU sind laut Bundesregierung "grundsätzlich auf einem hohen Standard". Optimiert werden müssten die "Frachtkontrollen im Luftverkehr, insbesondere in Drittstaaten, aber auch die Kontrolle der Transferfracht in der EU", schreibt die Regierung in ihrer Antwort (17/3789) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/3569). Die Frachtkontrollen bedürften "der Anpassung an die tatsächliche Bedrohungslage".

Zum Seitenanfang

16. Im Bundestag notiert: Nutzung der Vorratsdaten durch die Polizei

Inneres/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/STO/AW) Die "Verfügbarkeit von Telekommunikationsverbindungsdaten seitens des Bundeskriminalamtes und Rückschlüsse auf eine 'Schutzlücke' bei der Verbrechensbekämpfung" thematisiert die Fraktion Die Linke in einer Kleinen Anfrage (17/3721). Darin erkundigen sich die Abgeordneten unter anderem nach dem Ergebnis der "angekündigten Prüfung der Frage, welche Delikte bei einem vollständigen Verzicht auf Nutzung der Vorratsdaten durch die Polizei überhaupt nicht mehr verfolgt werden könnten".

Zum Seitenanfang

17. Im Bundestag notiert: Einsatz von Wasserwerfern

Inneres/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/STO/AW) Der "Einsatz von Wasserwerfern" ist Thema einer Kleinen Anfrage der Fraktion Die Linke (17/3729). Darin verweisen die Abgeordneten darauf, dass bei einer Demonstration gegen das umstrittene Bahnhofsprojekt Stuttgart 21 am 30. September "zahlreiche friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten durch den Einsatz von Wasserwerfern und Reizgas durch die Polizei zum Teil schwer verletzt" worden seien. Wissen will die Fraktion unter anderem, in wie vielen Fällen im Zusammenhang mit Wasserwerfereinsätzen in den vergangenen zehn Jahren Demonstranten, Polizeibeamte oder Unbeteiligte verletzt wurden.

Zum Seitenanfang

18. Im Bundestag notiert: Auswärtige Amt

Auswärtiges/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/BOB/AW) Warum sich das Auswärtige Amt bis heute weigert, bei ihm angefallenes Archivmaterial in das Bundesarchiv zu überführen, möchten Bündnis 90/Die Grünen wissen. Sie haben dazu eine Kleine Anfrage (17/3804) vorgelegt.

Zum Seitenanfang

19. Im Bundestag notiert: US-Hypothekenverbriefungen
Finanzen/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/HLE/AW) Nach verlustreichen US-Hypothekenverbriefungen erkundigt sich die Linksfraktion in einer Kleinen Anfrage (17/3716). Die Bundesregierung soll mitteilen, welche von der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) verwalteten oder überwachten Banken solche Papiere halten und welche Erlöse bei einem Verkauf erwartet werden. Außerdem soll die Regierung Auskunft zum Engagement der Deutschen Bank auf dem US-Immobilienmarkt geben.

Zum Seitenanfang

20. Im Bundestag notiert: Lagerung von Atommüll im Zwischenlager Nord
Umwelt/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/AH/AW) Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich in einer Kleinen Anfrage (17/3756) nach der Lagerung von Atommüll im Zwischenlager Nord (ZLN), auch bekannt als Zwischenlager Lubmin. Die Abgeordneten wollen wissen, welcher unverpackte Atommüll in welcher Halle des Zwischenlagers lagert und wie lange schon. Sie erkundigen sich auch nach den Besitzern, wer die Ladungen abgeliefert hat und woher der gelagerte Atommüll jeweils stammt.

Zum Seitenanfang

21. Im Bundestag notiert: Erforschung der Amyotrophen Lateralsklerose
Bildung und Forschung/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/TYH/AW) Wie viele Menschen in Deutschland jährlich an Amyotrophen Lateralsklerose (ALS) erkranken, möchte die SPD-Fraktion in einer Kleinen Anfrage (17/3728) wissen. ALS ist laut Anfrage eine degenerative Erkrankung des motorischen Nervensystems. Die Abgeordneten fragen, in welcher Höhe sich der Bund in den vergangenen Jahren finanziell an der Erforschung der Amyotrophen Lateralsklerose beteiligt hat, wie die im Bundeshaushalt 2009 zusätzlich eingestellten drei Millionen Euro für die Erforschung von „seltenen“ sowie vernachlässigten Krankheiten“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung genutzt wurden und ob die Regierung bis 2013 – wie von der EU empfohlen – einen nationalen Plan zur Bekämpfung seltener Krankheiten vorlegen wird.

Bildung und Forschung/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/TYH/AW) Die SPD-Fraktion erkundigt sich nach dem Stand der Alphabetisierungsforschung und -förderung in Deutschland. In einer Kleinen Anfrage (17/3719) möchte sie unter anderem wissen, wie viele Analphabeten es aktuell in Deutschland gibt, wie viele von ihnen einen Migrationshintergrund haben, wie sich die Alters- und Geschlechterstruktur darstellt und wie sich die Zahlen in den vergangenen 30 Jahren entwickelt haben. Außerdem fragen die Abgeordneten, wie hoch die öffentlichen Gelder sind, die zwischen 2003 und 2009 für die Förderung der Alphabetisierung bereitgestellt wurden, und wann Deutschland nach Schätzung der Bundesregierung das Ziel der Weltalphabetisierungsdekade – die Zahl der Analphabeten zu halbieren – auf nationaler Ebene erreichen wird.

Zum Seitenanfang

22. Im Bundestag notiert: Übergangsphase nach dem Bachelor-Abschluss
Bildung und Forschung/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/TYH/AW) Die Übergangsphase nach dem Bachelor-Abschluss ist Gegenstand einer Kleinen Anfrage der SPD-Fraktion (17/3730). Die Abgeordneten möchten darin unter anderem wissen, wie die Bundesregierung in Kooperation mit den Ländern sicherstellt, dass jeder Absolvent eines Bachelor-Studiums frei zwischen Berufseinstieg und Master-Studium wählen kann. Außerdem fragt die Fraktion, ob die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern Maßnahmen plant, um den Anteil von Master-Studienplätzen langfristig zu erhöhen.

Zum Seitenanfang

23. Im Bundestag notiert: Planungsstand bei der B 26 n
Verkehr und Bau/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/MIK/AW) Über den Planungsstand bei der B 26 n in Bayern will sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einer Kleinen Anfrage (17/3755) informieren. Dabei geht es der Fraktion unter anderem um Verkehrsprognosen, die Projektkosten, die Finanzierung und um die Auswirkungen auf die Umwelt.

Zum Seitenanfang

24. Im Bundestag notiert: Ausbau des Schienennetzes
Verkehr/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/ROV/MIK) Der Ausbau des Schienennetzes ist Gegenstand einer Kleinen Anfrage (17/3757) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. dabei will die Fraktion unter anderem über die Höhe des Anteils der Deutsche Bahn Netz AG an den Investitionen in das Schienennetz informiert werden. Weiterhin verlangt sie eine Auflistung über die Ausbauvorhaben, die seit 2004 auf der "Fulda-Runde" beschlossen wurden.

Zum Seitenanfang

25. Im Bundestag notiert: Verkehrsinfrastruktur in Niedersachsen
Verkehr und Bau/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/MIK/AW) Über die Verkehrsinfrastruktur in Niedersachsen will sich die SPD-Fraktion in einer Kleinen Anfrage (17/3717) informieren. In insgesamt 82 Fragen soll die Bundesregierung dabei Stellung zum Schienenverkehr, zu den Bundesautobahnen und Bundesstraßen sowie zu den Wasserstraßen in Niedersachsen nehmen.

Zum Seitenanfang

Deutscher Bundestag
Parlamentskorrespondenz, PuK 2
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: +49 30 227-35642, Fax +49 30 227-36001
e-mail: vorzimmer.puk2@bundestag.de

www.bundestag.de, Mobil: m.bundestag.de

Redaktionsmitglieder: Hans-Jürgen Leersch (verantwortlich)
Sibylle Ahlers, Dr. Bernard Bode, Michaela Hoffmann, Michael Klein, Kata Kottra,
Hans-Jürgen Leersch, Johanna Metz, Monika Pilath, Helmut Stoltenberg, Alexander Weinlein

Falls Sie diesen Newsletter nicht mehr beziehen oder Ihre Abonnement-Daten verändern wollen, dann klicken Sie auf einen der beiden folgenden Links.

- [Newsletter abbestellen](#)
- [Daten ändern](#)